

Vom Holocaust zur Partnerschaft

Der Prozess der Normalisierung ist schwierig und langwierig

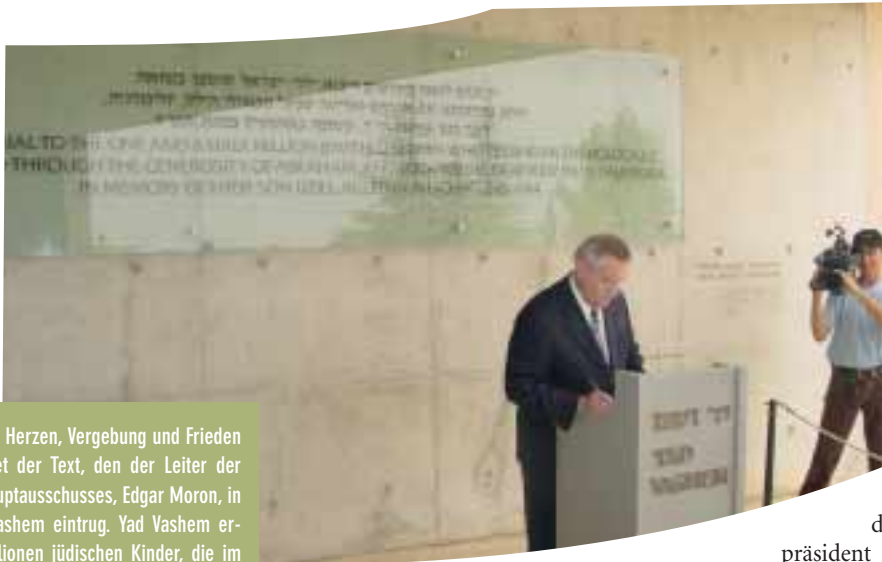
Das hatte der junge Staat Israel noch nicht erlebt: Zehntausende demonstrieren im Januar 1952 vor der Knesset, dem Parlament des Landes, gegen das Angebot der Adenauer-Regierung, als Wiedergutmachung für den Holocaust Waren und Dienstleistungen im Wert von 800 Millionen Dollar (seinerzeit 3,45 Milliarden DM) an Israel zu liefern. Viele, darunter der spätere Ministerpräsident Menachem Begin, sahen darin den „Verkauf der Ehre des jüdischen Volkes“. Wegen seiner Verantwortung im Zweiten Weltkrieg war Deutschland ein politisches Tabu und galt als „Feindstaat“. Heute ist die Bundesrepublik der engste europäische Partner Israels, nicht zuletzt wegen Initiativen aus Nordrhein-Westfalen.

Große Überzeugungsarbeit musste Israels Gründungsvater und erster Ministerpräsident David Ben Gurion leisten, um die Parlamentarier seines Landes dazu zu bewegen, das deutsche Reparationsangebot anzunehmen. Für offizielle diplomatische Beziehungen war die Zeit allerdings noch nicht reif. Alle weiteren Versuche scheiterten. Erst 13 Jahre nach Unterzeichnung des Reparations-Staatsvertrages im September 1952 nahmen Deutschland und Israel offizielle diplomatische Beziehungen auf: am 12. Mai 1965.

Doch auch die als „Jahrzehnt der Normalisierung“ bezeichnete Folgezeit spiegelt das besondere Verhältnis beider Staaten wider: Im Sechs-Tage-Krieg 1967 unterstützte die deutsche Öffentlichkeit Waffenlieferungen an Israel. Die Sympathie nimmt ab, als

lungen mit Ägypten angeboten hatte. 1977 verschlechterte sich das Verhältnis erneut, als Schmidt Leopard II Panzer an Saudi-Arabien liefern wollte.

Den vorläufigen Höhepunkt erreichte das deutsch-israelische Verhältnis in den 80-er Jahren, als Deutschland zum zweitgrößten Handelspartner Israels weltweit und zum engsten europäischen Partner aufstieg. Deutliche Zeichen setzte auch Bundeskanzler Helmut Kohl, der die



„Scham und Trauer erfüllen unsere Herzen, Vergebung und Frieden sind unsere Hoffnung“ – so lautet der Text, den der Leiter der Delegation und Vorsitzende des Hauptausschusses, Edgar Moron, in das Buch der Gedenkstätte Yad Vashem eintrug. Yad Vashem erinnert auch an die eineinhalb Millionen jüdischen Kinder, die im Holocaust ermordet worden sind. Foto: Jostmeier

Beziehungen zu Israel als wichtiges Element der neuen deutschen Rolle in der Weltpolitik betrachtete.

Auch politisch wachsen die Staaten enger zusammen: 1995 spielte Deutschland eine wesentliche Rolle bei der EU-Entscheidung, Waren aus Israel bei der Einfuhr in die Europäische Union einen Sonderstatus einzuräumen. Nach dem rot-grünen Wahlsieg 1998 stiegen die diplomatischen Aktivitäten: Außenminister Joschka Fischer reiste nach

Israel palästinensische Gebiete besetzt und der palästinensische Terrorismus einsetzt.

1972 kühlten die Beziehungen von Seiten Israels ab. Die Öffentlichkeit erregte sich an den Attentaten von München und den „zu weichen“ Gegenmaßnahmen Deutschlands.

Unter Helmut Schmidt entspannte sich 1974 das Verhältnis, nachdem er Israel Unterstützung bei den Waffenstillstandsverhand-

Ausbruch der Al-Aksa-Intifada im Jahr 2000 wiederholt in den Nahen Osten, um zwischen Israelis und Palästinensern zu vermitteln. Er genießt das Vertrauen beider Seiten.

JÜDISCHES LEBEN

Großen Anteil an den guten Beziehungen zu Israel haben Initiativen aus Nordrhein-Westfalen, etwa die Jugendaustauschprogramme des Landesjugendrings oder Städte- und Sportpartnerschaften.

1987 gründete der Landtag als erstes Länderparlament eine deutsch-israelische interparlamentarische Arbeitsgruppe, die „Deutsch-Israelische Parlamentarische Gesellschaft“. Die Gruppe versteht sich als „Mahner, Mittler, Moderator und Motor der deutsch-israelischen Freundschaft auf parlamentarischer Ebene“. So verkündete es ihr Sprecher, Landtagspräsident Ulrich Schmidt, in der ersten Sitzung im Landtag.

Die Worte begleiteten Taten: 1988 unterzeichnete der Landtag eine Resolution, Israels Aufbauleistungen weiter zu unterstützen. 1992 verpflichtete sich die Landesregierung per Staatsvertrag, das Kulturleben der 19 jüdischen Gemeinden in NRW zu fördern. Die sind nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion stark gewachsen. Viele Juden aus Russland zieht es nach NRW, das ihr Vertrauen genießt. Die jüdische Bevölkerung versechsfachte sich auf heute rund 30.000 Menschen, einem Drittel aller in Deutschland lebenden Juden.

Mit den Gemeindegroßen wuchs auch die Zahl der Synagogen. Die Einweihung der neuen Synagoge in Wuppertal besuchte

der israelische Staatspräsident Moshe Katsav. Vor wenigen Wochen wurde in Gelsenkirchen der Grundstein für ein neues jüdisches Gotteshaus gelegt.

Im Juli 2003 schließlich unterzeichneten alle vier Landtagsfraktionen den gemeinsamen Entschließungsantrag „Jüdisches Leben in Nordrhein Westfalen – mehr Wissen, mehr Vertrauen“, in der sie sich verpflichten, dem jüdischen Leben in NRW wieder zur Normalität zu verhelfen. Ein Sonderdruck, der diese parlamentarische Erörterung dokumentiert und inzwischen vergriffen ist, wurde erstellt und fand – auch in Israel – große Beachtung. **M.D.**